

GRÜNDO

GRÜNE in Dortmund



ZUKUNFT WIRD

AUS MUT GEMACHT

Nr.23
JULI
2017

WWW.GRUENE-DORTMUND.DE

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Liebe Freundinnen und Freunde,



aus dem Landtagswahlkampf gilt es Lehren zu ziehen. Dies fällt um so schwerer, als wir GRÜNE in einem gewissen Dilemma stecken:

Einerseits leben wir in äußerst wechselhaften Zeiten: Der Klimawandel beschwört düstere Szenarien herauf. Das vertraute weltpolitische Koordinatensystem bricht zusammen. Im Alltag erfahren wir bis ins Kleinste die Folgen der Globalisierung. Und gesellschaftspolitische Entwicklungen in anderen Ländern lassen uns angst und bang werden: Wie lange noch wird „unsere Insel“ Oberwasser haben?

Gewisse Kräfte setzen nun auf diese düstere Grundstimmung, heizen sie auch noch ein (Stichwort „Innere Sicherheit“) und kleistern sogleich alles mit einfachsten populistischen Antworten zu. Antworten, die unverhohlen abgleiten ins Diffamierende, Ausgrenzende. Diese Haltung zieht sich bis tief in den Mainstream unserer Gesellschaft.

Andererseits verlangt uns unsere GRÜNE Programmatik viel ab:

- Auf den Klimawandel können wir nur mit tiefgreifenden Änderungen unserer Alltagsgewohnheiten antworten.
- In Zeiten weltweiter Migration brauchen wir ein neues Verständnis von Einwanderungskultur.
- Wir sprechen nicht von Leitkultur, um dann Leitplanken in unser gesellschaftliches Leben zu ziehen. Für uns ist kulturelles, gesellschaftliches Leben in alle Richtungen offen, solange der Grundkonsens des Grundgesetzes respektiert wird.
- Unser Familienmodell heißt alle denkbaren Formen des Zusammenlebens gleichermaßen gut und bricht eingefahrene Denkmuster auf.

- Mit unserer Forderung nach Inklusion haben wir, unabhängig von allen Umsetzungsschwierigkeiten, einen Paradigmenwechsel eingeleitet. Und das war genau richtig!

GRÜNE Politik setzt ihrem Wesen nach auf Veränderung. Insofern löst GRÜNE Programmatik bei denen, die Leitplanken und Haltegriffe in kurzen Abständen benötigen, erstmal Verunsicherung aus.

Dieses Dilemma gilt es auszuhalten, auch wenn daraus für unsere politischen Möglichkeiten eine besondere Problematik erwächst. Doch es wäre falsch, wenn wir uns jetzt wegduckten, Kontroversen verwässern und einen Wohlfühl-Wahlkampf führen in der Hoffnung, vor den nächsten Wahlen möge da niemand so direkt nachfragen.

Im Landtagswahlkampf hat sich die Basis nicht beirren lassen. Ihr Einsatz war phänomenal. Zu wünschen wäre aber eine größere parteiinterne Geschlossenheit und mehr Stehvermögen in allen Parteigliederungen, dabei auf die Richtigkeit unserer Überzeugungen vertrauend.

Unsere Partei muss insgesamt in den gesellschaftlichen Debatten rund um den Wahlkampf (und darüber hinaus) deutlicher Zähne zeigen und nicht nur ein schönes Lächeln auf Plakaten und vor Kameras präsentieren.

In diesem Sinne: Auf in einen beherzten Bundestagswahlkampf! Denn: Ohne GRÜN würde alles Grau!

Euer


Remo Licandro ist Sprecher
des Kreisverbands Dortmund.

Inhalt

	SEITE
VORWORT Remo Licandro	2
Bundestagswahl: MARKUS KURTH	4
Bundestagswahl: INGRID REUTER	6
GRÜNE FRAKTION NRW: VOLLER ELAN FÜR EINE KRITISCHE UND KONSTRUKTIVE OPPOSITIONSARBEIT	8
DIE LEHREN AUS DER MISERABLEN LANDTAGSWAHL (K)EINE LDK ZUM FEIERN.	9
28 FRAGEN AN Katrin Göring-Eckhardt und Cem Özdemir	10
GRÜNER 10-PUNKTE-PLAN KOMPAKT	11
ZUKUNFT WIRD AUS MUT GEMACHT Ein Bericht von der Bundesdelegierten-Konferenz 16. bis 18. Juni 2017 in Berlin	12
GRÜNE Gesichter: INGRID SILVASI	13
ERST- & ZWEITSTIMME	13
WENIGER KINDERARMUT, BEZAHLBARE WOHNUNGEN UND GRÜNE MOBILITÄT Was wir uns von einer neuen Bundesregierung wünschen	14
KONTAKT, TERMINE & IMPRESSUM	16



MARKUS KURTH

WAHLKREIS DORTMUND I

Innenstadt-Ost • Innenstadt-West • Hombruch • Lütgendortmund • Huckarde • Mengede



*Liebe Dortmunderinnen
und Dortmunder!*

am 24. September 2017 können Sie über die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages mitbestimmen. Bei dieser Wahl geht es um viel, denn wir leben in turbulenten Zeiten. In Deutschland und in der Welt könnten die Gegensätze und Probleme größer kaum sein. Zwei besonders krasse Beispiele:

Die menschengemachte Erwärmung des Weltklimas bedroht die Lebensgrundlagen von uns Menschen. Ganze Meeresgebiete sterben schon heute wegen Übersäuerung ab und fallen als Nahrungslieferanten aus, extreme Dürren mit Totalverlusten der Ernte häufen sich weltweit und die Ackerfläche nimmt ab. Geht die Klimaerwärmung im bisherigen Tempo weiter, werden immer größere Gebiete der Erde unbewohnbar. Viele Menschen verlassen ihre Heimat bereits jetzt, weil die Kämpfe um die schwindenden Bodenflächen und Wasservorräte immer öfter bewaffnet geführt werden.

Die deutsche Nutztierindustrie erzielt immer neue Produktionsrekorde – mit

üblen Nebenwirkungen. Hierzulande nicht verwertbare Geflügelteile überschwemmen die Märkte Westafrikas und ruinieren die dortigen Kleinbauern – mit Hilfe von Subventionen, für die Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, Steuern zahlen. Gleichzeitig geht die Zahl heimischer Vögel in Agrarlandschaften dramatisch zurück – von manchen Arten ist weniger als die Hälfte übrig. Wegen überdüngter Böden können unsere Wasserwerke sauberes Trinkwasser nur durch immer teurere Filter gewinnen. Den steigenden Wasserpreis zahlen wir alle, während wenige Profiteure der Agrarindustrie unsere Böden und die Natur zerstören.

Eigentlich haben wir in Deutschland gute Voraussetzungen, um einen Teil der globalen Probleme mit zu lösen. Die Wirtschaft läuft ziemlich rund, die Arbeitslosigkeit ist relativ niedrig und der private Reichtum ist auf Rekordniveau – mit steigender Tendenz. Damit hat Deutschland auch eine Verantwortung, denn nicht wenige der globalen Probleme in den Ländern des Südens der Welt

sind durch unsere Wirtschaftsweise und unsere Treibhausgase der letzten hundert Jahre überhaupt erst entstanden. Aber auch hier wachsen die Gegensätze:

Trotz niedrigerer Arbeitslosigkeit und im Durchschnitt steigender Löhne lebt in unserem Land jedes fünfte Kind in Armut. Konkret waren das 2016 mehr als 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche.

Während das reichste Hundertstel der hiesigen Bevölkerung ein Drittel des Gesamtvermögens besitzt, verfügt die ärmere Hälfte der Deutschen gerade einmal über drei Prozent des Gesamtvermögens. Damit ist die Vermögensungleichheit so hoch wie sonst nirgends in Europa.

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Dortmund, ich trete als Kandidat für die Bundestagswahl an, weil ich mich mit diesen bedrohlichen Entwicklungen nicht abfinden kann und will. Ja, ich glaube daran, dass wir es noch in der Hand haben, eine menschliche und menschengerechte Lebenswelt zu schaffen – für uns selbst

und für andere auf dem einzigen Planeten, den wir nun mal haben. Ich meine: Wir müssen es wenigstens versuchen. Allein schon deshalb, da die Alternative dazu aller Voraussicht nach eine ziemlich ungemütliche Barbarei wäre. Ich möchte zusammen mit meiner Partei, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein politisches Angebot machen, weil die jetzt regierende Koalition viel zu unentschlossen und ignorant gegenüber den riesigen Herausforderungen ist. Angela Merkel und Sigmar Gabriel haben die Umweltministerin im letzten Jahr ohne einen Plan aus Deutschland zur internationalen Klimakonferenz geschickt – nur damit RWE ein paar schmutzige Kohlekraftwerke noch länger betreiben kann. Der CSU-Landwirtschaftsminister unternimmt absolut nichts gegen Artensterben, Tierquälerei in Ställen und die Vergiftung unseres Trinkwassers.

Liebe Leserin, lieber Leser, ich bin GRÜNER und Sozialpolitiker. Seit 2002 bin ich Mitglied im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales und heute rentenpoliti-

scher Sprecher meiner Fraktion. Für mich und meine Partei ist klar: Die ökologische Modernisierung braucht soziale Leitplanken. Stabile Renten gehören ebenso dazu wie ein geförderter Arbeitsmarkt für Regionen im wirtschaftlichen Umbruch – gerade das nördliche Ruhrgebiet. Auch hier hat die große Koalition viel zu wenig getan. Aufgaben wie die Mütterrente werden nicht mit Steuergeldern, sondern aus der Rücklage der Rentenversicherung bezahlt. Und einen sozialen Arbeitsmarkt konnte die Arbeitsministerin nicht einmal als Modellprojekt durchsetzen.

Ich trete im Wahlkreis Dortmund I für die GRÜNEN zur Bundestagswahl an. Mit Ihrer Zweitstimme können Sie mich am besten unterstützen. Und mehr noch: Mit einer Stimme für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen Sie das denkbar größte Stoppschild gegenüber allen, die unser Land mit nationalistischen Plänen kaputt machen wollen – und das sind leider nicht nur AfD-Politikerinnen und -Politiker. Es geht bei dieser Bundestagswahl

auch sehr grundsätzlich darum, ob es in diesem Land in Zukunft eine offene Gesellschaft gibt oder ob Demokratieverachtung und Hass ihre zersetzende Wirkung entfalten.

Ich bitte Sie um Ihre Stimme für mein politisches Angebot – am 24. September mit der Zweitstimme für GRÜN!

Herzlich

Ihr Markus Kurth



MARKUS KURTH

51 Jahre, ein Kind

- | | |
|---------------|--|
| 1966 | geboren in (Bonn-) Beuel |
| 1987 bis 1993 | Studium der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin |
| 1994 bis 1997 | wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Soziologie der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf |
| 1997 bis 1998 | Arbeitslosigkeit, Politikberatung auf Honorarbasis, u. a. für die kommunalpolitische Vereinigung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in NRW (GAR-NRW) |
| 1998 bis 2000 | Anstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Initiativkreis Emscherregion (IBA von Unten) |
| 2000 bis 2002 | Anstellung als Bildungsmanager bei der Heinrich-Böll-Stiftung NRW |
| 2000 bis 2003 | Kreisvorsitzender der Dortmunder GRÜNEN |
| seit 2002 | Mitglied des Deutschen Bundestages |
| 2002 bis 2013 | sozial- und behindertenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion |
| seit 2013 | rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion
Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag:
Ausschuss für Arbeit und Soziales (ordentliches Mitglied und Obmann)
Ausschuss für Gesundheit (stellvertretendes Mitglied) |



INGRID REUTER

WAHLKREIS DORTMUND II

Innenstadt-Nord • Eving • Scharnhorst • Brackel • Aplerbeck • Hörde



liebe Wählerinnen und Wähler,

vieles, was bisher als sicher galt, wird derzeit infrage gestellt – sei es das bisherige Verhältnis zu den USA, das wir GRÜNE in der Vergangenheit durchaus auch kritisch gesehen haben, sei es die Europäische Union, die nicht nur an ihren Rändern Korrosionserscheinungen zeigt, oder seien es gesellschaftliche Grundwerte wie Antirassismus, Demokratie und der Schutz von Minderheiten, die immer stärker von nationalistisch-völkischen Kräften nicht nur in Deutschland angegriffen werden. Terroranschläge wie in Paris, Berlin oder London sorgen für weitere Verunsicherung und Ängste und werden von denjenigen ausgenutzt, die statt einer weltoffenen Willkommenskultur eine geschlossene, letztlich undemokratische Gesellschaft wollen. Wir dürfen den Rechtspopulist*innen aber nicht einen Handbreit Raum überlassen. Ich glaube, wir sind in einer Situation, in der es um die Verteidigung von bislang unwidersprochen geltenden Grundwerten in unserer Gesellschaft, auch grünen Grundwerten wie soziale Gerechtigkeit, Toleranz, Offenheit, Freiheit und gleichberechtigte Teilhabe aller sowie den

Erhalt der Natur, um Klima- und Artenschutz geht.

Menschheitsaufgabe Klimaschutz

In Berlin werden entscheidende Weichen im Bereich Klimaschutz gestellt. Deshalb ist es wichtig, dass wir GRÜNE stark sind. Die Reduzierung des Energieverbrauchs, die weitere Förderung erneuerbarer Energien, der Ausbau klimafreundlicher Mobilität – das alles bleiben wichtige urgrüne Anliegen, die wir vorantreiben müssen. In Dortmund, aber vor allem in Berlin. Spätestens Mitte des Jahrhunderts wollen wir nur noch saubere Energie in Deutschland haben. Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke schalten wir unverzüglich ab, damit Deutschland das Klimaschutzziel 2020 noch erreichen kann. Auch die Verkehrswende muss endlich konsequent durchgeführt und die Voraussetzungen für die emissionsfreie Mobilität der Zukunft müssen geschaffen werden. Unter anderem gehören dazu die stärkere bundesweite Förderung des Radwegebbaus und der Ausbau des öffentlichen Schienenverkehrs. Die Ära

der fossilen Verbrennungsmotoren wollen wir beenden.

Zum Klimaschutz gehört auch eine ökologische Landwirtschaft, die im Einklang mit der Natur arbeitet und gesunde Lebensmittel produziert, denn gesundes Essen kommt nicht aus einer kranken Natur. Wir wollen Deutschland auf eine nachhaltige Landwirtschaft umstellen – ohne Ackergifte und Gentechnik. Die industrielle Massentierhaltung ersetzen wir über die nächsten 20 Jahre durch artgerechte Tierhaltung.

Faire Chancen für alle

Doch alle ökologischen Ziele, die wir verfolgen, dienen dazu, die Lebensverhältnisse für alle zu verbessern. Die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich wollen wir schließen – das Aufstiegsversprechen muss für alle gleichermaßen gelten. Wir investieren stärker als bisher in gute Bildung, in bessere Kita-Qualität und gut ausgestattete Schulen. Wir bekämpfen Kinderarmut durch eine Verbesserung der

Familienförderung mit 12 Milliarden Euro zusätzlich. Damit eröffnen wir endlich allen Kindern gute Chancen – egal wie sie heißen, wo sie wohnen und wer ihre Eltern sind. Um die soziale Ungleichheit in Deutschland zu verringern, bauen wir die sozialen Sicherungssysteme schrittweise zu einer solidarischen Bürgerversicherung für alle um.

Weltoffene Gesellschaft

Wir GRÜNE stehen für eine humane Flüchtlingspolitik, deshalb lehnen wir weitere Verschärfungen des Asylrechts sowie Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete ab. Die Integration der Flüchtlinge in Deutschland muss intensiviert werden. Zugleich geht es aber darum, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Dazu gehören faire Handelsabkommen, eine Entwicklungspolitik auf Augenhöhe, aber auch der Kampf gegen die Klimaerwärmung weltweit, die Dürre, Hochwasser, Landflucht und Hunger fördert.

Wir setzen uns deshalb für eine friedliche Welt mit einer starken UNO ein

und wollen das vereinte, demokratische Europa stärken, massiv in die ökologische Modernisierung und die digitale Zukunft unseres Kontinents investieren und so auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in vielen Ländern beitragen – statt zwei Prozent der Wirtschaftsleistung und damit allein in Deutschland 30 Milliarden Euro mehr in Verteidigung zu stecken.

Das sind nur einige Beispiele aus dem umfassenden GRÜNEN Bundestagswahlprogramm, die mir besonders wichtig sind. Deshalb möchte ich im Bundestagswahlkampf hier in Dortmund dazu beitragen, dass wir gute Ergebnisse erreichen. Es gilt, möglichst viele Menschen davon zu überzeugen, dass unsere GRÜNEN Ziele es wert sind, sich dafür einzusetzen.

Sie haben die Wahl

Liebe Wählerin, lieber Wähler, am 24. September haben Sie die Wahl. Ich werbe um Ihre beiden Stimmen für viel GRÜN im Bundestag. Wir GRÜNE stehen für eine offene Gesellschaft, die allen Menschen die gleichberechtigte Teilhabe ermög-

licht. Wir stehen für soziale Gerechtigkeit, die dafür sorgt, dass es keine „abgehängten“ Menschen gibt. Wir stehen für Klimaschutz und den Erhalt einer lebenswerten Umwelt.

*Zukunft wird
aus heut gemacht
legid Reuter*



INGRID REUTER

- 1957 geboren in Köln
- 1975 bis 1982 Göttingen und Nordhorn, 1. und 2. Staatsexamen als Hauptschullehrerin mit den Fächern Kunst und Deutsch
- 1982 Umzug nach Dortmund, Verlagsvolontariat seitdem Tätigkeit als Sachbuchredakteurin (seit 1988 freiberuflich)
- 1989 bis 2001 GRÜNE Bezirksvertreterin in Innenstadt-Ost
- 1995 bis 1997 Studium der Kunstgeschichte, Geschichte und Soziologie an der Ruhr-Universität Bochum
- seit 2001 Mitglied im Dortmunder Rat u. a. im Ausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung, Wohnen (seit 2009 Ausschussvorsitzende) sowie 2007 bis 2009 und seit 2012 im Finanzausschuss
- seit 2007 Sprecherin der GRÜNEN Ratsfraktion
- seit 2011 Mitglied der GRÜNEN Fraktion im Regionalverband Ruhr



Verena Schäffer (Parlamentarische Geschäftsführerin), Arndt Klocke (Vorsitzender), Monika Düker (Vorsitzende), Josefine Paul (stellv. Vorsitzende), Mehrdad Mostofizadeh (stellv. Vorsitzender).

VOLLER ELAN FÜR EINE KRITISCHE UND KONSTRUKTIVE OPPOSITIONSARBEIT

Ganz klar: Die Landtagswahl war die schwerste Niederlage in der Geschichte der NRW-GRÜNEN. Wir hatten unseren Koalitionsvertrag zwar sorgfältig abgearbeitet, wurden aber bei unseren Wähler*innen mit den erreichten Erfolgen nicht wahrgenommen. Das zeigen die Kompetenzverluste in unseren zentralen Politikfeldern. In der Schulpolitik haben wir mit unseren Reformen den Betroffenen zu viel abverlangt, Kritik zu häufig nicht aufgegriffen und in der Verbindung von Ökologie und Ökonomie konnten wir die Chancen des Wandels nicht ausreichend vermitteln.

Wir 14 Abgeordneten der neuen Landtagsfraktion starten jetzt voller Elan in die Oppositionsarbeit. Verena Schäffer als Parlamentarische Geschäftsführerin sowie Josefine Paul als Fraktionsgeschäftsführerin/stellvertretende Vorsitzende und

Mehrdad Mostofizadeh als stellvertretender Vorsitzender gehören neben uns dem Vorstand an. Mit großer Mehrheit hat der Landtag erneut Oliver Keymis zu seinem Vizepräsidenten gewählt. Und wieder sind wir die Fraktion mit dem höchsten Frauenanteil.

Auch inhaltlich haben wir die Oppositionsrolle angenommen. Unsere ersten Kleinen Anfragen sind gestellt – u. a. zum Datenschutz und Flugverkehr sowie zu Verbindungen zwischen der „Identitären Bewegung“ und der AfD. Mit unserem Antrag zur Abschaltung der Schrottreaktoren Tihange und Doel und dem Stopp der durch die Große Koalition genehmigten Brennelementelieferungen haben wir direkt nach der Vereidigung des neuen Kabinetts die erste inhaltliche Debatte der neuen Legislatur gesetzt. Unser aller Ziel: der neuen Landesregierung als bissige Opposition entgegenzutreten. Mit uns wird es aber auch keine Fundamentalloposition geben. Initiativen, die unser Land wirklich voranbringen, werden wir konstruktiv unterstützen.

Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag zeigt bereits, wie wichtig unser Fokus auf die Energie-, Umwelt- und Klimaschutzpolitik ist. CDU und FDP ignorieren gnadenlos die anstehenden Herausforderungen in zentralen Zukunftsfeldern. Ein Angriff auf die Windenergie ist z. B. die völlig falsche Antwort auf den Klimawandel und für den Wirtschaftsstandort NRW.

Insgesamt bleibt festzuhalten: Die künftigen Koalitionäre haben eine ausufernde und nicht gegenfinanzierte Wunsch-Dir-Was-Liste vorgelegt. Entweder werden sie diese Versprechen brechen oder harte Verteilungskämpfe provozieren.

Monika Düker und Arndt Klocke sind die Vorsitzenden der GRÜNEN Fraktion im neuen Landtag.

WWW.GRUENE-FRAKTION-NRW.DE



(K)EINE LDK ZUM FEIERN. DIE LEHREN AUS DER MISERABLEN LANDTAGSWAHL

Bestes Wetter, gute Stimmung und Abstimmen über einen Koalitionsvertrag – so war die Landesdelegiertenkonferenz (LDK) in Dortmund am 1. Juli mal geplant worden. Dann kam die Wahl mit ihrem enttäuschenden Ergebnis und damit alles anders: Das Wetter spielte nicht mit, Armin Laschet ist Ministerpräsident und unsere Landtagsfraktion mehr als halbiert.

Trotzdem hätte die Stimmung schlechter sein können. Nur einen Tag vor der LDK gelang den GRÜNEN im Bundestag ein großer Coup: Letztendlich durch die GRÜNE Koalitionsbedingung „Öffnung der Ehe für alle“ wurde die Ehe für Homosexuelle geöffnet. Regenbogenflaggen, Regenbogenanstecker und sogar Regenbogen-Bonbons waren überall in der Westfalenhalle zu sehen.

Doch von vorne: Dass die LDK in Dortmund stattfindet, passiert auch nicht alle Tage, und so ging es früh morgens zur Westfalenhalle. Viele katholische Konservative hatten über die Jahre gewarnt, die Öffnung der Ehe würde für alle die Sintflut bedeuten – und so regnete es natürlich auch. Glücklicherweise erlauben unsere Finanzen aber noch Hallen als LDK-Austragungsorte und so waren wir alle froh, ein Dach über dem Kopf zu haben, und die Trauer über einen Samstag auf der LDK hielt sich angesichts der Alternativen auch in Grenzen.

Wie es sich für den Heimat-Kreisverband einer LDK gehört, hielten Katja Bender und Remo Licandro dann ein Grußwort. Im Gegensatz zu anderen LDKen war dieses Grußwort aber nicht eine Rede der Art: „Es ist schön hier, wir GRÜNE vor Ort freuen uns, und habt viel Spaß“, wie es sie auf jeder LDK sonst zu hören gibt, sondern Katja und Remo gaben einen kurzweiligen Dialog, mit Schalke-Witzen und Keksen für die Delegierten.

Die politische Einordnung der Lage nahm anschließend unser Landesvorsitzende Sven Lehmann vor. Er sprach von „Menschenrechtsgeschichte“, die im Bundestag am Vortag geschrieben wurde. Was GRÜNE Politik auch in der Opposition verändern kann, wurde damit klar. Der historische Beschluss zur Ehe für alle vom Vortag geht maßgeblich auf uns

GRÜNE und insbesondere Volker Beck zurück, dem ausdrücklich gedankt wurde.

Diese gute Laune wurde aber schnell getrübt, als es um die Aufarbeitung der bitteren Niederlage bei der Landtagswahl ging. Wie schlimm uns dieses Ergebnis getroffen hat, wurde beim Dank für die ausgeschiedenen Abgeordneten sichtbar. So voll war die Bühne selten und nur wenige Leute haben den Landtag aus freien Stücken verlassen.

Was uns im Landtagswahlkampf nicht gelungen war

Wir schafften nicht die gute, GRÜNE Regierungsarbeit zu präsentieren. So hatten wir vor der Wahl zu wenig hingewiesen auf die Erfolge

- in der Schulpolitik (so viele Stellen für Lehrer*innen wie nie zuvor),
- in der Gesundheitspolitik (große Fortschritte vor allen Dingen in der Pflege)
- und in der Umweltpolitik (hier vor allen Dingen gegen den Koalitionspartner und große Lobbygruppen).

Hingegen ließen wir uns wieder in die Verbotsparietecke stellen. Sven fasste GRÜNE Ziele mit dem Slogan „Wir wollen die Umwelt wandeln, nicht den Menschen“ zusammen. So ist die Produktion von Plastiktüten und nicht deren anschließende Nutzung das Problem. Innerparteilich wurde der Schluss gezogen, dass wir wieder mehr Kontroversen und mehr Wahlmöglichkeiten ermöglichen wollen. Nicht jede Abstimmung auf einer LDK muss durch modifizierte Übernahmen verhindert werden, und bei einer Listenaufstellung sollen die Plätze bis 30 nicht schon in Stein gemeißelt sein. Wir wollen gerade nicht wie die SPD werden, die eine Woche zuvor am gleichem Ort ihr Wahlprogramm nach nur vier Stunden „Diskussion“ einstimmig verabschiedet hat.

Jedoch gilt es jetzt auch nach vorne zu schauen. Die Bundestagswahl steht an und wir wollen die Gesellschaft mitgestalten. Wir haben die Landtagswahl verloren, aber nicht unsere Überzeugungen. Und für diese wollen wir jetzt kämpfen.

Damit uns mehr Coups wie die Ehe für alle gelingen. Und damit die Energie- und die Agrarwende keine Utopien bleiben müssen.

Dass sich so ein Kampf lohnen kann, wurde klar, als Volker Beck in die Halle kam und auch ein paar Worte sagen durfte. Standing Ovationen am Anfang und am Ende der Rede und ein Volker Beck, der sichtlich glücklich war nach 30 Jahren Kampf sagen zu können: „Ehe für alle: mission completed“.

Bitte mehr Kontroverse

Bei aller Glückseligkeit mussten wir doch wieder zur kritischen Bewertung der Wahl zurückkehren. Den Antrag des Landesvorstandes dazu haben wir kontrovers diskutiert. In vielen Redebeiträgen kam der Wunsch nach mehr Streit, mehr Kontroversen und mehr Wahlmöglichkeiten zum Ausdruck, aber auch der Anspruch, jetzt in der Opposition im Landtag zu wirken und die Oppositionsführerschaft zu übernehmen. Wie diese Kontroverse dann konkret aussehen kann, bewiesen wir, als über einen Änderungsantrag der GRÜNEN Jugend (gegen den der Landesvorstand votierte) entschieden wurde und das Ergebnis nur sehr knapp durch Aufstehen bestimmt werden konnte. Die (knappe) Mehrheit im Saal stimmte für den Änderungsantrag und damit für einen (Zwischen-) Bericht schon auf einem Landesparteirat in 2018.

Die finanziellen Auswirkungen des Wahlergebnisses stellte Wolfgang Rettich vor. In den nächsten Jahren werden wir uns auf einige Sparmaßnahmen seitens des Landesverbandes einstellen müssen. Konkret wurde es auf dieser LDK schon: Es gab kein WLAN.

Abgeschlossen wurde die LDK mit Wahlen zum Parteirat, Bundesfrauenrat und zum Bundesfinanzrat. Gegen 18 Uhr und damit eine Stunde später als geplant endete die LDK und Michael Kellner stellte die Wahlkampagne für die Bundestagswahl partei-intern vor.

Christoph Neumann, Schatzmeister des Kreisverbands, war einer der Dortmunder Delegierten bei der Landesdelegiertenkonferenz.



28 FRAGEN AN ...

KATRIN GÖRING-ECKARDT

1. Warum Grün: Weil Grün die #lastpartystanding gegen ausgrenzenden Populismus und für das Klima ist, weil Grün Mut macht. Weil Grün eine Vision für das gute Leben hat. Weil das alles für mich zur Heimat gehört.

2. Grüne Initialzündung: Tschernobyl 1986. Und das Leben in der Diktatur. Freiheit bedeutet eben sehr viel, wenn man Unfreiheit erlebt hat.

3. Warum Politik: Damit aus Ideen Wirklichkeit und aus Visionen Zukunft wird. Was Politik erreichen kann, hat sich 1989 mit der friedlichen Revolution gezeigt.

4. Das glaube ich: Als Christin an die Gnade und die Güte und die Barmherzigkeit und die Freiheit des Menschen. Im Sinne des Apostels Paulus: „Lass dich nicht überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem“ (Römer 12).

5. Was mich beeindruckt: 10 Millionen ehrenamtliche Helfer: da kommen Empathie, Engagement, Verantwortung und Kreativität zusammen. Das sind mehr als die AfD Wähler hat.

6. Mein persönliches Wahlziel: Ich will, dass wir über uns hinaus wachsen. Zusammen. Eigenständig. Grün.

7. Das spornt mich an: Am meisten die Nazis, die uns mit Sprechchören, Hassmails und dem ganzen Dreck klein machen wollen.

8. Mein Glück: Das Meer. Meine Enkel. Tom Waits.

9. Was braucht es für eine bessere Welt? Gutmenschen.

10. Hier fehlt der Mut: Beim Friedensprozess in und für Syrien.

11. Meine Hoffnung: ... setze ich auf Menschen wie den Journalisten Matthias Thieme. Er hat nach zwei gesunden Kindern eine Tochter mit Trisomie 21 bekommen. Und er schreibt von den Sorgen und Ängsten, die am Anfang einer solcher Diagnose stehen, von den besorgten Reaktionen von Freunden und Bekannten, die er irgend-

CEM ÖZDEMİR

1. Warum Grün: Nicht, weil wir die besseren Menschen sind, sondern weil wir die richtigen Ziele haben: Konsequente ökologische Modernisierung und ein weltoffenes Deutschland in einem solidarischen Europa.

2. Grüne Initialzündung: Als die „Experten“ der anderen Parteien in meiner Heimatstadt Bad Urach die Bahn erst stillgelegt haben und dann noch die Bahngleise rausreißen wollten, habe ich als Jugendlicher mit Gleichgesinnten dagegen protestiert. Inzwischen fährt die Bahn wieder, wird hoffentlich bald elektrifiziert und mit einem Halbstundentakt versehen.

wann nicht mehr aushält. Anrührend berichtet er, wie schön das Leben mit seiner jüngsten Tochter ist, mit welcher Lebensfreude sie seine Familie bereichert und wie er selbst die Angst um die Zukunft seines Kindes überwunden hat.

12. Meine Erwartung: Ein fulminanter Wahlkampf mit Euch und einem fulminanten Ergebnis, damit wir die Große Koalition ablösen.

13. Was mich ärgert: Verzagtheit, Missmut, Bequemlichkeit.

14. Da bin ich unbequem: Wenn es ungerecht zugeht.

15. Das macht mich neugierig: Die mich kennen, sagen: fast alles.

16. Mein grüner Alltag: Beginnt mit einer Joggingrunde, den Nachrichten und einer Losung für den Tag.

17. Mein Anspruch: Mutig sein.

18. Mein Vorbild: Meine Großmutter. Unter anderem, weil sie stolz auf ihre Sommersprossen war und auch sonst sehr selbstbewusst.

19. Ich schätze an Menschen: Offenheit, Zärtlichkeit, Verlässlichkeit.

20. Meine Freunde schätzen an mir: Sie können sich auf Sonntagskuchen und selbstgemachte Marmelade verlassen.

21. Das kann ich besser als Cem: Tanzen.

22. Das würde ich gern können: Schlagzeug spielen.

23. Dafür bin ich dankbar: Freiheit.

24. Lustig: Wenn es auch ein bisschen böse ist: Böhmermann, Heute-Show, Carolin Kebekus.

25. Zu Fuß oder Fahrrad? Beides.

26. Berge oder Meer? Als Thüringerin: Rhön, Ilmtal, Thüringer Wald.

27. Langschläfer oder Frühaufsteher? Eher früh, nicht immer freiwillig.

28. Papier oder Tablet? Beides gut.

3. Warum Politik: Weil ich manches bewahren und manches verändern möchte. Da gibt es Meinungsverschiedenheiten. Deshalb will ich überzeugen und mich durchsetzen.

4. Das glaube ich: Dass Freiheit unser höchstes Gut ist – und es Solidarität braucht, damit Menschen aus der Freiheit auch etwas machen können.

5. Was mich beeindruckt: Wenn Menschen zu ihren Überzeugungen stehen und in vielen Ländern für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie sogar ihr Leben riskieren.

6. Mein persönliches Wahlziel: Ich will es schaffen, dass uns auch viele derer vertrauen, die jetzt noch skeptisch sind. Nicht jeder, der grün tickt, wählt uns auch. Da sollten wir uns hinterfragen.

7. Das spornt mich an: Der Zuspruch auf der Straße. Ich erlebe, dass viele Menschen große Hoffnung in uns setzen. Die will ich erfüllen. Aber auch die Hasskommentare spornen mich an: Hetze und Gewalt werden nicht gewinnen!

8. Mein Glück: Meine Familie.

9. Was braucht es für eine bessere Welt? Gute Ideen, hin und wieder etwas Mut und viel Durchhaltevermögen.

10. Hier fehlt der Mut: Mir ist in der Politik selten etwas Absurderes begegnet, als die vielen Ausnahmen bei der Mehrwertsteuer. Es geht da um viele Milliarden Euro, die man in Bildung und Infrastruktur investieren könnte.

11. Meine Hoffnung: Das Gute im Menschen.

12. Meine Erwartung: Ein Politik- und Stilwechsel 2017 mit starken GRÜNEN in der Bundesregierung.

13. Was mich ärgert: Wenn es nicht in erster Linie um die Menschenrechte und ihren Schutz geht, sondern darum, wer gegen sie verstößt. Wie ist es sonst zu erklären, dass der massenhafte Protest ausbleibt angesichts der Kriegsverbrechen in Aleppo und anderswo in Syrien. Ich habe gegen den Krieg im Irak und die Lügen von George W. Bush protestiert. Warum gehen jetzt nicht mehr Menschen ebenso vernehmbar gegen Assad und Putin auf die Straße?

14. Da bin ich unbequem: Wenn es heißt: „Das haben wir aber schon immer so gemacht.“

15. Das macht mich neugierig: Verblüffende technische Innovationen, die unser Leben leichter machen.

16. Mein grüner Alltag: Lange Sitzungen, manchmal produktiv, manchmal weniger. Zum Glück auch viele spannende Menschen, die ich in Deutschland und darüber hinaus kennenlernen darf.

17. Mein Anspruch: Auch Leute zu erreichen, die politisch anders ticken.

18. Mein Vorbild: Willy Brandt hat uns gezeigt, dass Politik eine Vision braucht und mehr sein sollte als reiner Pragmatismus.

19. Ich schätze an Menschen: Wenn sie mir offen sagen, was ihnen nicht passt und was ich besser machen kann.

20. Meine Freunde schätzen an mir: Verlässlichkeit über Distanzen und Zeit.

21. Das kann ich besser als Katrin: Türkisch.

22. Das würde ich gern können: Spanisch. Damit ich die Späße verstehe, die meine Frau und unsere Kinder mit mir treiben.

23. Dafür bin ich dankbar: Je älter ich werde, desto mehr Dankbarkeit spüre ich gegenüber meinen Eltern. Und ich bin froh, dass meine Kinder in einem friedlichen Land groß werden.

24. Lustig: Stan Laurel & Oliver Hardy. Mein Vater hat sie auch geliebt. Ihr Humor funktioniert auch ohne besondere Sprachkenntnisse.

25. Zu Fuß oder Fahrrad? Fahrrad, da benutze ich meine Füße ja auch.

26. Berge oder Meer? Ich bin ein Bergmensch, meine Frau ein Meeremensch. Unsere Kinder beides. Also sind Kompromisse im Urlaub gefragt. Tipps willkommen!

27. Langschläfer oder Frühaufsteher? Frühaufsteher. Dank meiner Kinder.

28. Papier oder Tablet? Beides. Wenn ich in Eile bin, dann Tablet. Wenn ich mehr Zeit habe, gerne die gute alte Zeitung.

GRÜNER 10-PUNKTE-PLAN KOMPAKT

1. KLIMASCHUTZ VORANBRINGEN:

Wir steigen so aus der klimafeindlichen Kohle aus, dass wir die Klimaschutzziele und unser Ziel 100% Erneuerbare Energie im Strombereich bis 2030 einhalten. Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke schalten wir sofort ab.

2. E-MOBILITÄT ZUM DURCHBRUCH VERHELFFEN:

Wir wollen ab 2030 nur noch abgasfreie Autos neu zulassen.

3. LANDWIRTSCHAFT NACHHALTIG MACHEN:

Wir schaffen die industrielle Massentierhaltung über die nächsten 20 Jahre ab und steigen auf eine Landwirtschaft ohne Ackergifte und Gentechnik um.

4. EUROPA ZUSAMMENFÜHREN:

Wir werden massiv in die ökologische Modernisierung und die digitale Zukunft unseres Kontinents investieren und so auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in vielen Ländern beitragen – statt zwei Prozent der Wirtschaftsleistung mehr in Verteidigung zu stecken.

5. FAMILIEN STÄRKEN:

Wir bekämpfen Kinderarmut und stärken Alleinerziehende. Wir verbessern die Familienförderung mit 12 Milliarden Euro zusätzlich: das GRÜNE Familienbudget – mit allem was dazugehört – stärkt nicht nur Familien sondern fördert auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen.

6. SOZIALE SICHERHEIT SCHAFFEN:

Wir bauen die sozialen Sicherungssysteme schrittweise zu einer solidarischen Bürgerversicherung für alle um, beenden die Zwei-Klassen-Medizin und stabilisieren das Rentenniveau.

7. INTEGRATION ZUM ERFOLG FÜHREN, FLÜCHTLINGE SCHÜTZEN:

Wir reformieren das Staatsbürgerschaftsrecht: Wer in Deutschland geboren wird, ist deutscher Staatsbürger. Wir wollen, dass anerkannte Flüchtlinge ihre Familien nachholen dürfen. Mit uns gibt es keine Obergrenze beim Asylrecht. Weitere Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete lehnen wir ab.

8. GLEICHBERECHTIGT UND SELBSTBESTIMMT LEBEN:

Wir sorgen dafür, dass gleichwertige Arbeit endlich gleich bezahlt wird – egal, ob sie von Frauen oder Männern geleistet wird. Wir wollen die Ehe für alle auch in Deutschland ermöglichen und das Adoptionsrecht öffnen.

9. FREIHEIT SICHERN:

Wir stehen für eine effektive Sicherheitspolitik. Eine Sicherheitspolitik, die Bedrohungen ernst nimmt, aber mit Augenmaß und unter Wahrung der Bürgerrechte reagiert. Wir sorgen dafür, dass die Polizei zur Erfüllung ihrer wachsenden Aufgaben gut ausgestattet ist.

10. FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN:

Deutschland trägt derzeit mit Rüstungsexporten an Diktaturen und in Krisenregionen zur Unsicherheit in der Welt bei. Deshalb beenden wir solche Exporte mit einem verbindlichen Rüstungsexportgesetz. Mit fairen Handelsabkommen stärken wir ökologische und soziale Standards weltweit.



ZUKUNFT WIRD AUS MUT GEMACHT



EIN BERICHT VON DER BUNDESDELEGIERTEN-KONFERENZ 16. BIS 18. JUNI 2017 IN BERLIN

Für die vier Dortmunder Delegierten Katja Bender, Raphael Frebel, Julian Jansen und Tabea Rössig ging es am Freitagnachmittag nach Fronleichnam im Berliner „Velodrom“ los.

Die Radrennbahn ist eine der größten Veranstaltungshallen Berlins und für 800 GRÜNE Delegierte der rund 63.000 Mitglieder in ganz Deutschland für fast 48 Stunden das neue Zuhause. Am Freitag wurde in rund acht Stunden, Samstag in knapp 14 Stunden und Sonntag in dreieinhalb Stunden das Bundestagswahlprogramm 2017 diskutiert – und Sonntag dann final beschlossen.

Die Konferenz war nach den Kapiteln des Entwurfs strukturiert: Erst sprachen wir über Umwelt, dann über die Welt, anschließend über die Freiheit und schließlich über Gerechtigkeit. Und hielten dabei fleißig Stimmkärtchen in die Luft. Teilweise kam es zu hitzigen Debatten und knappen Ergebnissen. Die Antragskommission tat aber ihr bestmöglichstes um den Ablauf reibungslos aufrecht zu erhalten. Das inhaltliche, recht umfangreiche Ergebnis wurde aufbereitet und ist im Programm und online zu lesen:

GRUENE.DE/PROGRAMM-2017

Hier einige hervorstechende Zitate: Toni Hofreiter sagte: „Wir stehen für einen ökologischen, sozial gerechten, weltoffenen globalen Wandel“. „Wir setzen uns radikal, aber realistisch und

dabei verantwortungsbewusst für den Kohleausstieg ein“, so Cem Özdemir. Katrin Göring-Eckardt postete bei Facebook von der Bühne aus zu Donald Trump: „Climate first! – We fight.“ Ruhigere, aber nicht weniger starke Worte kamen im weiteren Verlauf der BDK: Robert Habeck versicherte: „Wir sind vernünftig und solidarisch.“ Kerstin Andreae machte deutlich: „Wir stehen für eine faire, ausgeglichene, gerechte Rente“. Und Sven Giegold bestätigte: „Wir arbeiten gegen Machtwirtschaft.“

Wir aus Dortmund können recht zufrieden mit dem Programm sein. Wir hatten mehrere Änderungen beantragt, die fast alle auch ins Programm übernommen wurden. Unter anderem haben wir uns für schärfere Kriterien bei Videoüberwachung und für die Forderung nach einem realistischen Flughafenbedarfsplan im GRÜNEN Wahlprogramm eingesetzt. Nun freuen wir uns, die Inhalte an die Wählerinnen und Wähler zu bringen!

Alles in allem war es ein beeindruckender und mitreißender Bundestagparteitag, der merklich Lust auf die letzten 100 Tage vor der Bundestagswahl macht!

Tabea Rössig, Beisitzerin im Kreisvorstand, fuhr als Dortmunder Delegierte mit nach Berlin.



GRÜNE GESICHTER

INGRID SILVASI

38 Jahre, ist Tourismus-Betriebswirtin und Sprecherin des Ortsverbands Innenstadt-West.

Ingrid, du hast zur Landtagswahl sehr viel Haustürwahlkampf gemacht. Was reizt dich daran?

Nicht zu wissen, wer da die Tür aufmacht, und wie sie reagieren. Wir sagen: „Guten Tag, wir sind von den GRÜNEN und haben hier zur Wahl ein paar Informationen für Sie.“ Viele sind überrascht. Beeindruckt. Oder skeptisch. Dann sagen sie: „Vielen Dank“, und man geht zur nächsten Tür.

So schnell geht das? Bei den Kneiptouren kommt man ja auch oft in lange Gespräche.

Das Ganze dauert höchstens 30 Sekunden. Ich mag nicht die großen Reden und Debatten, sondern organisiere lieber im Hintergrund.

Dann scheint Haustürwahlkampf ein recht effizientes Mittel zu sein.

Ja, vielleicht 30 Prozent der Leute öffnen – wenn man nicht an einem Freitag, bei schönem Wetter oder einem Fußballspiel unterwegs ist. Und im Ergebnis haben wir in der Innenstadt-West noch einen sehr guten Wert zur Landtagswahl erreicht.

Was denkst du, was lief schief bei der Landtagswahl?

Ich denke, wir haben Profil verloren. Die Themen verweicht, keine Kante gezeigt. Wir hätten die Diskussion um den Veggie-Day nicht

aufgeben dürfen. Wenn jetzt die SPD in München Dieselaautos verbieten will – man stelle sich mal vor, unser Johannes Rimmel hätte das gesagt. Es ist schon erschreckend, wie viel Negativität einem von den Bürger*innen entgegen schlägt, zum Beispiel beim Radschnellweg Ruhr. Da haben alle Angst vor den Parkplätzen, die wegfallen. Man muss das einfach mal machen, dann sieht man, wie viele Vorteile das bringt und in fünf Jahren redet niemand mehr darüber.

Seit wann bist du eigentlich bei den GRÜNEN?

Das war im November 2012. Die Leute haben gesagt: „Ingrid, meckere doch nicht immer nur rum, Mach mal was.“ Eigentlich interessiere ich mich ja null für Politik. Aber ich finde es wichtig, sich lokal einzubringen. Durch meine Aktivität lerne ich sehr viel und als stellvertretende Sprecherin konnte ich einige Zeit verfolgen, wie es geht. Seit zwei Jahren bilde ich mit Julian Jansen das Sprecherteam im Ortsverband und wir bekommen gute Resonanz.

Was wünschst du dir?

Mehr Förderung des Radverkehrs. Mehr Bewusstsein für vegane Ernährung. Und eine Lösung des Naziproblems. Aber wie soll das aussehen? Wir lösen das ja nicht in Dortmund allein. Wir brauchen wohl mehr Aufklärung und mehr Bildung. Ich bin ja selbst Zugewanderte, als ich sieben war, kam meine Familie aus Rumänien nach Bonn, meine Mutter war Ungarin, mein Vater war Siebenbürger Sachse. Deshalb fühle ich mich aufgefordert an jeder Demonstration teilzunehmen.

Das Interview führte Jens Woelki.

ERSTSTIMME, ZWEITSTIMME, WIE WAR DAS NOCHMAL?

Mit der **ERSTSTIMME** wählen wir eine*n Direktkandidat*in in unserem Wahlkreis. Der oder die Kandidat*in mit den meisten Stimmen zieht in den Bundestag ein. Es gibt in Deutschland 299 Wahlkreise, davon in NRW 64. Im Wahlkreis Dortmund I, das sind die westlichen Dortmunder Stadtbezirke Mengede, Huckarde, Innenstadt-West und -Ost, Hombruch sowie Lütgendortmund können wir unter anderen Markus Kurth wählen. 2013 hatte Markus hier 7,5 Prozent der Stimmen bekommen. Die meisten Stimmen bekam aber jemand von der SPD, nämlich Marco Bülow.

Im Wahlkreis Dortmund II, das sind die östlichen Dortmunder Stadtbezirke Eving, Scharnhorst, Innenstadt-Nord, Brackel,

Aplerbeck sowie Hörde, können wir (zum Beispiel) Ingrid Reuter wählen. Sie kandidiert das erste Mal für den Bundestag.

Und mit der **ZWEITSTIMME** wählen wir die Landesliste einer Partei, zum Beispiel BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Zweitstimmen bestimmen die Sitzverteilung im Bundestag insgesamt. Jede Partei erhält prozentual so viele Sitze, wie sie bundesweit Zweitstimmen bekommen hat (sofern die Partei bundesweit mehr als fünf Prozent der Stimmen erhielt oder aber mindestens drei Direktkandidat*innen in ihren Wahlkreisen gewonnen haben). Jedes Bundesland bekommt seiner Bevölkerungszahl entsprechend viele Sitze. NRW hat zum Beispiel 128 Sitze und

die werden prozentual auf die Parteien verteilt. Von dieser Menge Sitze für eine Partei werden dann ihre Direktmandate abgezogen. Übrig bleiben die Listenplätze, die nach der Landesliste besetzt werden. Markus Kurth zum Beispiel ist nicht nur Direktkandidat, sondern wir haben ihn bei der Landesdelegiertenkonferenz im letzten Dezember in Oberhausen auf den Listenplatz Nr. 8 der GRÜNEN Landesliste gewählt. Die GRÜNEN müssen also in NRW mindestens etwa 7 Prozent der Stimmen bekommen, damit Markus wieder nach Berlin zieht. Besser für Deutschland wäre natürlich, wenn die GRÜNEN deutlich mehr Prozent bekommen. Deshalb:

AM 24. SEPTEMBER GRÜN WÄHLEN.

**NICHT VERGESSEN:
AM 24. SEPTEMBER 2017
GRÜN WÄHLEN!!!**



WENIGER KINDERARMUT, BEZAHLBARE WOHNUNGEN UND GRÜNE MOBILITÄT

WAS WIR UNS VON EINER NEUEN BUNDESREGIERUNG WÜNSCHEN

Wir GRÜNE haben uns immer für eine starke kommunale Selbstverwaltung eingesetzt. Das geht nur mit ausreichender Finanzausstattung. Wir wollen, dass Kommunen gute Kindertagesstätten, bezahlbaren Wohnraum und einen guten öffentlichen Nahverkehr anbieten und ihre Bürger*innen zum Mitmachen einladen können. Gerade wir GRÜNE haben ein großes Interesse daran, auch weiterhin Initiativen z. B. im Sozial- und Kulturbereich zu fördern und Maßnahmen der ökologischen Erneuerung und des Klimaschutzes auch kommunal umzusetzen. Das alles ist übrigens auch direkte Demokratieförderung vor Ort und entzieht rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien ihren Nährboden. Eine neue Bundesregierung muss deshalb die schwierige finanzielle Situation von Städten wie Dortmund gezielt ins Visier nehmen.

OHNE MOOS NIX LOS

Der Dortmunder Haushalt ist ein permanenter Tanz auf dem Vulkan, die Stadt befindet sich wie viele andere im Ruhrgebiet ständig am Rand der Haushaltssicherung. Seit Jahren sind die städtischen Ausgaben höher als die Einnahmen. Insbesondere im Sozialbereich steigen die Kosten kontinuierlich. Deshalb werden auch die größten Einsparungen nicht dazu führen, dass dauerhaft die Genehmigungsfähigkeit der städtischen Haushalte erhalten bleibt, wenn die Verteilung der Lasten zwischen Kommunen, Bund und Land so bleibt wie bisher.

Gleichzeitig sitzt Bundesfinanzminister Schäuble auf dem größten Haushaltsüberschuss seit Jahren – 2016 waren das fast 7 Milliarden Euro. Doch statt das Geld für weitere Investitionen und zur Entlastung insbesondere der Städte mit großen sozialen Aufwendungen zu nutzen, denkt der Finanzminister nur an seine schwarze Haushalts-Null.

Es ist Zeit, das zu ändern

Eine neue Bundesregierung muss sich um die finanzielle Entlastung der Kommunen kümmern, damit diese die notwendigen sozialen und ökologischen Maßnahmen ergreifen können. Ansatzpunkte für notwendige Veränderungen gibt es zuhauf.

KINDERGRUNDSICHERUNG

Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung ist Dortmund eine Hochburg der Kinderarmut. 27.787 Kinder und Jugendliche leben in unserer Stadt in Familien, die Sozialleistungen beziehen. Das sind 30,3 Prozent. Bei den drei- bis sechsjährigen Kindern sind es sogar 34,2 Prozent. Notwendig ist deshalb eine Kindergrundsicherung, um das Existenzminimum in ausreichender Höhe zu decken und die Teilhabe von Kindern aus einkommensschwachen Familien am sozialen Leben, an Bildung, Kultur und Mobilität zu sichern.



SCHULSOZIALARBEIT

Die Schulsozialarbeit ist inzwischen auch in Dortmund an vielen Schulen unverzichtbar geworden. Sie ermöglicht Chancengleichheit gerade für Kinder, die aus unterschiedlichen Gründen schwierige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn mitbringen. Durch Zuschüsse der bisherigen rot-GRÜNEN Landesregierung und eine städtische Kofinanzierung konnten bisher die 81 Stellen der Schulsozialarbeit in Dortmund im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets zumindest bis Ende 2018 gesichert werden. Wir brauchen diesbezüglich eine ausreichende und dauerhaft verlässliche Finanzierung. Die Schulsozialarbeit ist eine Leistung der Bildungs- und Teilhabebereitungen – hier sehen wir den Bund in der Verantwortung.

SOZIALER ARBEITSMARKT

Im Dezember 2016 bezogen 26.750 Menschen in Dortmund seit länger als vier Jahren Arbeitslosengeld II. Viele von ihnen haben trotz guter Konjunktur fast keine Chance auf dem regulären Arbeitsmarkt, weil entsprechende einfache Arbeitsplätze fehlen. Ein sozialer Arbeitsmarkt, der öffentlich gefördert ist, kann hier helfen und den betroffenen Menschen neue Perspektiven eröffnen. Deshalb unterstützen wir das Dortmunder Konzept der Kommunalen Arbeitsmarktstrategie. Das kann allerdings nur ein kleiner Tropfen auf den heißen Stein sein. Wir finden: Jeder hat ein Anrecht auf gesellschaftliche Teilhabe durch Arbeit. Deshalb ist eine neue Bundesregierung aufgefordert, einen geförderten, langfristig angelegten sozialen Arbeitsmarkt einzuführen.

BEZAHLBARES WOHNEN

Die Suche nach einer bezahlbaren Wohnung ist inzwischen auch in Dortmund die Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Die Zahl der Wohnungssuchenden hat sich vor allem für den geförderten Wohnungsbau in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht. Die Verwaltung hat bis 2018 einen Bedarf von 6.000 zusätzlichen, sozial geförderten Wohnungen ermittelt. Die Mietpreiskontrolle der großen Koalition hat dabei bisher nicht viel geholfen. Eine neue Bundesregierung muss diese Mietpreiskontrolle deutlich wirkungsvoller gestalten und als Erstes die Vielzahl unnötiger Ausnahmen abschaffen. Gleichzeitig sollten Genossenschaften, kommunale Wohnungsunternehmen und private Investoren durch Zulagen und Steuerförderung wieder für den sozialen Wohnungsbau gewonnen werden.



KOSTEN DER UNTERKUNFT

Die Zahl der Menschen, die in Dortmund Arbeitslosengeld II erhalten, ist nach wie vor hoch. Viele von ihnen sind seit vielen Jahren arbeitslos. Entsprechend hoch sind die von der Stadt zu übernehmenden Kosten der Unterkunft. Die Bundesregierung von CDU und SPD hatte den Kommunen eine Entlastung von 5 Milliarden Euro versprochen. Herausgekommen sind 4 Milliarden, die über den kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer weitergegeben werden sollen. Hauptprofiteure dabei sind allerdings die eh schon finanzstarken Kommunen. Notwendig wäre stattdessen eine Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft, um insbesondere finanzschwache Kommunen wie Dortmund stärker zu unterstützen.

UNTERHALTSVORSCHUSS

Im Jahr 2015 haben 4.453 alleinerziehende Dortmunder Eltern Unterhaltsvorschuss erhalten. Die Gesamtausgaben beliefen sich dabei auf 8,5 Millionen Euro, von denen die Stadt 4,5 Millionen Euro selber tragen musste. Nur 16 Prozent dieser Summe konnte von den Unterhaltspflichtigen zurückgeholt werden. Schon lange fordern wir eine Ausweitung des Unterhaltsvorschusses für alleinerziehende Eltern bis zum 18. Lebensjahr des Kindes und ohne zeitliche Befristung. Endlich wird diese Forderung nun umgesetzt. Allerdings bleibt ein Teil der entstehenden Mehrkosten bei der Stadt hängen. Die notwendige Entlastung von Alleinerziehenden auf der einen Seite darf aber nicht zur finanziellen Handlungsunfähigkeit der Stadt auf der anderen Seite führen. Eine neue Bundesregierung muss deshalb den Bundesanteil an der Kostenaufteilung beim Unterhaltsvorschuss deutlich erhöhen.

EMISSIONSFREIE MOBILITÄT

Dortmund kämpft seit vielen Jahren gegen die viel zu hohe Belastung der Luft mit Stickstoffdioxid. Der Grenzwert wird hier vor Ort vor allem durch die Emissionen des Dieserverkehrs weiterhin regelmäßig deutlich überschritten. Der Abgasskandal in der Autoindustrie hat deutlich gemacht, dass sich fossile Brennstoffe und gute Luft kaum in einen verträglichen Einklang bringen lassen. GRÜNE Ziele sind deshalb der weitere Ausbau von Radwegen, die Stärkung und Attraktivierung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie des Schienenverkehrs und die konsequente Umstellung auf Elektrofahrzeuge. Wir wollen einen Mobilpass einführen, mit dem sämtliche Angebote des öffentlichen Verkehrs, wie auch Car- und Bikesharing, aus einer Hand gebucht und bezahlt werden können. Eine neue Bundesregierung muss endlich die Steuerprivilegien für Dieselfahrzeuge abschaffen, die Einführung der blauen Plakette umsetzen und für ehrliche Abgasmessungen sorgen.

KONTROLLIERTE ABGABE VON CANNABIS

Der aktuelle Bericht zur Situation in der Nordstadt hat deutlich gemacht, dass dort weiche und harte Drogen offen wahrnehmbar konsumiert und gehandelt werden – restriktive Maßnahmen alleine können das Problem von Drogenhandel und -konsum nicht lösen. Im Gegenteil: Durch den unkontrollierten Schwarzmarkt können sich auch Jugendliche mit Drogen versorgen, die häufig mit gefährlichen Stoffen gestreckt und dadurch unberechenbar sind. Andere Städte haben ähnliche Probleme, deshalb sollte eine neue Bundesregierung die kontrollierte Abgabe auf die Tagesordnung setzen, denn diese dient sowohl dem Jugendschutz, der Gesundheit als auch der Entkriminalisierung erwachsener Kiffer*innen.

Dies sind nur einige der Wünsche, die wir an eine neue Bundesregierung haben. Um sie zu erfüllen, brauchen wir eine starke GRÜNE Fraktion in Berlin. Lasst uns in den nächsten Wochen gemeinsam dafür kämpfen!

Ingrid Reuter und Ulrich Langhorst sind die Sprecher*innen der GRÜNEN Ratsfraktion.

FRAGEN? ANREGUNGEN? LUST, POLITIK IN DORTMUND MITZUGESTALTEN?

Sprecht uns an – wir freuen uns auf euch!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kreisverband Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund · Tel.: 0231/12 11 71 · Fax.: 0231/12 11 64

E-Mail: info@gruene-dortmund.de · Internet: www.gruene-dortmund.de

www.facebook.com/gruenedortmund

Öffnungszeiten: montags bis freitags von 10.30 bis 15.30 Uhr
donnerstags von 10.30 bis 19.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer: Peter Köhler

Büromanagement: Veronika Edler

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund

Friedensplatz 1 · 44122 Dortmund · Tel.: 0231/50 220 78 · Fax: 0231/50 220 94

E-Mail: fraktion@gruene-do.de · Internet: www.gruene-do.de

Ansprechpartner*innen im Büro:

Sabine Pezely Fachbereiche Ökologie, Stadtplanung, Finanzen, Wirtschaft und Kultur

Stefan Neuhaus Fachbereiche Sozialpolitik, Bürgerdienste, Schule, Kinder und Jugend

Manuela Meyer Büromanagement

GRÜNE Jugend Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund

E-Mail: info@gjdo.de · Internet: www.gjdo.de

TERMINE

Alle Termine im Büro des Kreisverbands, Königswall 8 (sofern nichts anderes angegeben)

Mi	12. Juli 2017	19 Uhr	-> AG Bundespolitik
DO	03. August 2017	19 Uhr	-> Wahl-AG
FR	18. August 2017	14 Uhr	-> Cem Özdemir in Dortmund (Ort steht noch nicht fest)
SA	20. August 2017		-> GRÜNES Sommerfest (Ort steht noch nicht fest)
FR	1. September 2017	19 Uhr	-> Diskussion mit Katrin Göring-Eckardt (Ort: Herr Walter)
MI	6. September 2017	19 Uhr	-> Fachdiskussion „Rassismus“ mit Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani
SA	9. September 2017		-> GRÜNER Stand beim CSD Dortmund (Friedensplatz)
So	24. September 2017	8 bis 18 Uhr	-> Bundestagswahl, anschließend Wahlparty im Rathaus, Friedensplatz 1

IMPRESSUM: GRINDO ist eine Publikation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Dortmund • Königswall 8 • 44137 Dortmund (Herausgeber)
Tel. 0231 - 12 11 71 • info@gruene-dortmund.de

V. I. S. D. P.: Katja Bender (Sprecherin) und Remo Licandro (Sprecher).

FOTOS: Benito Barajas (Titel, 5, 7), Gerd Schmedes (2/3[Hintergr.], 4,6,9,11,13u.,14/15,16), GRÜNE Dortmund (2 Portrait), Privat (13Portrait), Jens Woelki (13 Banner)

GRÜNE NRW (8), Dominik Butzmann (10), Public Domain (12)

REDAKTION: Jens Woelki

LAYOUT, GRAFIK: Gerd Schmedes -> gabak artistic advice

DRUCK: Brasse & Nolte, Dortmund, Juli 2017

AUFLAGE: 1.000 Exemplare • Die Abgabe ist kostenfrei.

